

Die unterfertigten Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung am 11.09.2019 folgenden



ANTRAG

betreffend aktiver Grünraumgestaltung im Bezirk

Die unterfertigten Bezirksräte beschließen, dass für aktive Grünraumgestaltung im Bezirk ein jährlicher Betrag von Euro 2.500,- als Beitrag zum Klimaschutz verwendet werden soll. Der Betrag möge über das Ansatzkonto 1018 752 960 21 bedeckt werden. Als Ansprechpartner, für Planung und Umsetzung, möge der Umweltausschuss herangezogen werden.

Die Stadt Wien, als Klimabündnispartner, soll im Bedarfsfall den Umweltausschuss mit der Klimaschutzkoordinationsstelle beratend unterstützen.

BEGRÜNDUNG

Floridsdorf bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes. Dies beinhaltet aber auch zu Handlungen und zur Initiierung regionaler Klimaschutzprojekte. Hierfür wäre der Umweltausschuss ein geeignetes Gremium im Bezirk.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be "Andreas Demant", written in a cursive style.

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG
betreffend Benennung

Bezirksvorstehung des 21. Bezirkes

23. AUG. 2019

Zahl: 743.225/19

Die MA 7 möge die Benennung der Verkehrsfläche der Kleingartenanlage Alte Leopoldauer Schleife von derzeit Hofstättenweg auf „Alte Leopoldauer Schleife“ in die Wege leiten.

Vorberatungen mögen in der Benennungskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Die Verkehrsfläche der Kleingartenanlage „Alte Leopoldauer Schleife“ trägt derzeit den Namen HOFSTÄTTENWEG, der auch teilweise in den 22. Bezirk führt. Dadurch kommt es immer wieder vor, dass Einsatzfahrzeuge, Lieferanten, an der falschen Örtlichkeit stehen.

Der Kleingartenverein würde es daher sehr begrüßen, wenn die vereinsinterne Verkehrsfläche den gleichen Namen trägt wie der Verein selbst.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Thomas BERL', written over a white background.

BezR KO Thomas BERL



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden



ANTRAG

betreffend Ausbau des Islamischen Zentrums am Bruckhaufen

Die MA 37 möge in der nächsten Bauausschusssitzung den Mitgliedern des Bauausschusses erläutern, wie der geplante Ausbau des Islamischen Zentrums am Bruckhaufen (Grundstücks Nr. 1760/13) mit der gültigen Flächenwidmung in Einklang gebracht werden kann. Insbesondere im Hinblick auf die 30%tige Bebaubarkeitsbeschränkung, welche für die Bauplatzfläche gilt.

BEGRÜNDUNG

Anrainer, als auch Bewohner im Siedlungsgebiet Bruckhaufen sind verunsichert und haben sich an uns Freiheitliche gewandt, mit der Bitte um Klärung wie die Ausbaupläne des islamischen Zentrums mit der gültigen Flächenwidmung in Einklang zu bringen sind.

Da auf der Bauplatzfläche eine Bebaubarkeitsbeschränkung von 30% festgesetzt ist und bereits 1468 m² verbaut sind - dies entspricht 27,41% der bebaubaren Fläche - dürften maximal weitere 2,59% bebaut werden, das wären 138,69 m². Der geplante Ausbau ist aber weit umfangreicher.

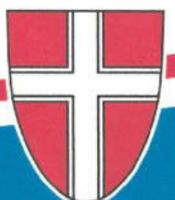
Da immer wieder politische Vertreter der SPÖ den Anrainern und Siedlern gegenüber äußern, dass die Ausbaupläne so durchgeführt werden können, aber den Menschen bis dato ihre berechtigten Fragen nicht beantwortet haben, bestehen weitere Zweifel über die Durchführbarkeit.

Weiters wäre es interessant zu erfahren, inwieweit ein Verkehrskonzept für den Fall eines Ausbaues des Islamzentrums für das Gebiet Bruckhaufen erstellt wurde und wie dieses aussieht?

Zu klären wäre auch, ob die durch den immer größeren Andrang auf die Moschee entstehenden Emissionen nicht gegen die grundsätzliche Idee des § 6, Abs. 6, WBO, verstoßen könnten, und inwieweit dem §134a, Abs. 1, lit. e, Rechnung getragen wird. Dahingehend stellt sich auch die Frage, welche Maßnahmen geplant sind um die Bewohner vor den Belastungen der zu erwartenden Emissionen zu schützen.



BezR KO Thomas BERL



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

Bezirksvorsteherung des 21. Bezirkes

23. AUG. 2019

Zahl: 743339/19

ANTRAG

betreffend Bücherstände am Franz Jonas Platz

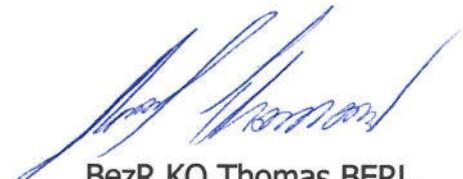
Die MA 36 möge veranlassen, dass die Bücherstände am Franz-Jonas-Platz so positioniert werden, dass Passanten weder belästigt noch behindert werden. Darüber hinaus möge auch bei den anderen Ständen Maßnahmen veranlasst werden, die ein ungehindertes passieren, ohne dabei einen Hindernisparcours durchlaufen zu müssen, ermöglicht.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Der Franz Jonas Platz wird täglich von Tausenden Menschen frequentiert. Doch die gegenständliche Platzanordnung der Bücherstände, als auch der zahlreichen anderen Stände vor der Bahnhofshalle, sind mittlerweile für viele Passanten ein Ärgernis und ein fast schon täglicher Spießrutenlauf. Gerade zu Spitzenzeiten sind die Freiräume zwischen den Ständen viel zu klein

und ein ungehindertes passieren fast unmöglich.



BezR KO Thomas BERL



Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 14.09.2019, folgenden

Bezirksvorsteherung des 21. Bezirkes
23. AUG. 2019
Zahl: 743384/19

ANTRAG

betreffend Pilotprojekt „Intelligente Sitzbank“

Die MA 19, 20 sowie weitere zuständige Magistratsabteilungen mögen in Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss sich dafür einsetzen, dass an einer geeigneten Stelle in Floridsdorf ein oder zwei sogenannte intelligente Sitzbänke errichtet werden.

Vorberatungen sollen im Umweltausschuss stattfinden.

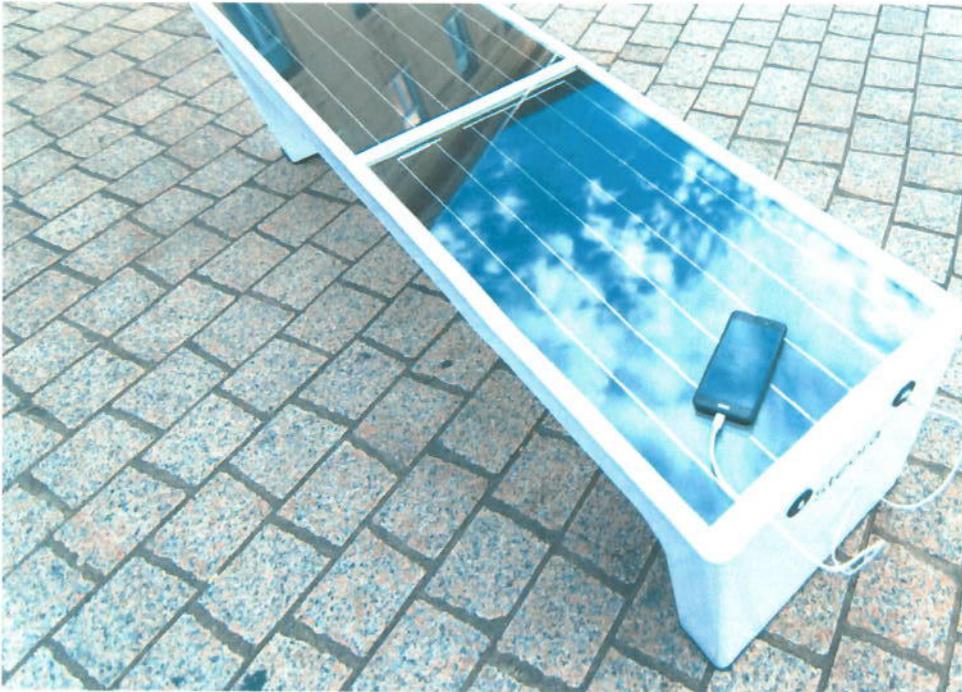
BEGRÜNDUNG

Im Zuge des Klimagedankens sollten sich auch die politischen Vertreter über nachhaltige und zukunftsorientierte Produkte ihre Gedanken machen. Eine Möglichkeit wären „intelligente Sitzbänke“. Floridsdorf könnte mit einem diesbezüglichen Pilotprojekt wieder einmal Vorreiter sein.

Diese sogenannten intelligenten Sitzbänke, die zu 100% solarbetrieben werden, benötigen keine zusätzliche Stromversorgung und somit auch keine Aufgrabungsarbeiten bei der Montage. Die Sitzbank ist auch keine gewöhnliche Sitzbank zum Entspannen, sondern gleichzeitig eine kabellose Ladestation mit USB Anschlüssen, sowie eine zusätzliche umweltfreundliche Nachtbeleuchtung. Durch die integrierten Sensoren ist eine Datensammlung und Analyse (z.B. Nutzungsdauer oder diverse bodennahe Wetterdaten) möglich. Auf Wunsch ist eine Präsentation dieser innovativen Sitzbank im Umweltausschuss möglich.

(<http://www.elektro-lechner.at/index.php/aktuelles/56-steora-die-intelligente-sitzbank>)





BezR KO Thomas BERL
BezR KO Thomas BERL



23. AUG. 2019

Zahl: 743392/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend Denkmal für die Opfer des Völkermordes im Osmanischen Reich

Die MA 7 wird gebeten, in Zusammenarbeit mit Vertretern der „Syrisch-Orthodoxen-Kirche Leopoldau“ und der Kulturkommission des 21. Bezirkes, sich dafür einzusetzen, dass an einer geeigneten Stelle in Floridsdorf ein Denkmal gesetzt wird, welches an die Opfer des Völkermordes im Osmanischen Reich erinnert.

Vorberatungen mögen in der Kulturkommission stattfinden.

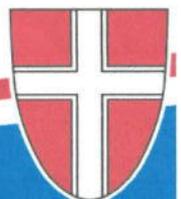
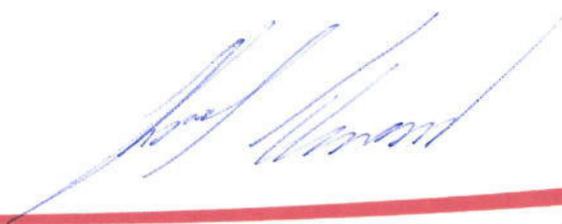
BEGRÜNDUNG

Am 22.04.2015 haben die Klubobleute aller sechs Parlamentsparteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, TEAM STRONACH und NEOS) eine gemeinsame Erklärung vorgelegt, in der sie es aufgrund der historischen Verantwortung Österreichs als Pflicht ansehen, die Gewalt und den Mord an den Armeniern und deren Vertreibung durch das Osmanische Reich als Genozid anzuerkennen und zu verurteilen. Einen Völkermord müsse man auch als solchen bezeichnen, unterstrichen die Klubobleute unisono, und werteten es als ein wichtiges Signal, dass das gesamte österreichische politische Spektrum hinter dieser Erklärung steht.

Es soll nicht vergessen werden, dass während des Antichristlichen Völkermordes im Osmanischen Reich 750.000 Syrische Christen ums Leben kamen. Das waren 75 Prozent aller „Syrer“, Aramäer oder Assyrer, wie die Christen der verschiedenen Kirchen des Nahen Ostens, Orthodoxe und Katholische Syrer, Maroniten und mit Rom unierte Chaldäer genannt werde, die damals unter Türkischer Herrschaft lebten.

Dem am 24. April 1915 losbrechenden antichristlichen Genozid fielen zudem 1,5 Millionen Armenier und eine halbe Million Griechen zum Opfer. Insgesamt starben an den brutalen Massakern, Hungermärschen, sowie in Türkischen Lagern, 2,75 Millionen Christen.

Ein würdiges Andenken an die Opfer wäre die Errichtung eines Denkmals.



Parlamentskorrespondenz Nr. 383 vom 22.04.2015

Klubobleute verurteilen Genozid an Armeniern im Osmanischen Reich

Gemeinsame Erklärung anlässlich des 100. Jahrestages des Genozids an Armeniern

Wien (PK) – Die Klubobleute aller sechs Parlamentsparteien - Andreas Schieder (S), Reinhold Lopatka (V), Heinz-Christian Strache (F), Eva Glawischnig-Piesczek (G), Waltraud Dietrich (T) und Matthias Strolz (N) - haben heute eine gemeinsame Erklärung vorgelegt, in der sie es aufgrund der historischen Verantwortung Österreichs als eine Pflicht ansehen, die Gewalt und den Mord an den Armeniern und deren Vertreibung durch das Osmanische Reich als Genozid anzuerkennen und zu verurteilen. Einen Völkermord müsse man auch als solchen bezeichnen, unterstrichen die Klubobleute unisono und werteten es als ein wichtiges Signal, dass das gesamte österreichische politische Spektrum hinter dieser Erklärung steht.

Nur wenn man historische Ereignisse beim Namen nennt, kann man auch glaubwürdig heutige Gräueltaten verurteilen, sagte etwa Andreas Schieder, und Reinhold Lopatka bekräftigte, Menschenrechte seien unteilbar und unverhandelbar. Die Wahrheit müsse ausgesprochen werden, betonte Heinz-Christian Strache, alle müssten sich zu ihrer historischen Verantwortung bekennen. Es gehe auch um den Respekt der Opfer gegenüber, stellte Eva Glawischnig-Piesczek fest. Österreich habe ebenfalls schwierige Erfahrungen gemacht, was die Aufarbeitung historischer Ereignisse bedeutet, meinte sie wie auch Matthias Strolz in Richtung Türkei, man arbeite noch immer daran, aber man habe eine Weg gefunden. "Völkermord verjährt nicht", schloss sich Waltraud Dietrich ihren KollegInnen an, ein friedliches Europa und eine friedliche Welt könne nur dann aufgebaut werden, wenn sich alle ihrer historischen Verantwortung offen und ehrlich stellen.

Die Klubobleute stellten in diesem Zusammenhang klar, dass es nicht darum gehe, die Türkei bzw. türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Österreich zu kränken oder zu provozieren. Im Vordergrund stehe die Hilfestellung bei der Aussöhnung zwischen der Türkei und Armenien. Man sei sich dessen bewusst, dass dieser symbolische Schritt nicht ohne Konsequenzen bleiben werde, Zielrichtung seien Austausch und Begegnung, so Strolz. Die Türkei sei ein zentraler Partner der Europäischen Union, mit dem man in guter Nachbarschaft lebe. Es sei wichtig, dass sich Nachbarn in aller Klarheit die Wahrheit zumuten. Strache kritisierte in diesem Zusammenhang scharf den offenen Brief türkischer Verbände in einzelnen Medien.

Die gemeinsame Erklärung im Wortlaut:

"Am 24. April jährt sich der Genozid, welcher durch das Osmanische Reich an 1,5 Millionen Armeniern verübt wurde, zum hundertsten Mal. Vor diesem Hintergrund gedenken wir der Opfer von Gewalt, Mord und Vertreibung, zu denen auch zehntausende Angehörige anderer christlicher Bevölkerungsgruppen im Osmanischen Reich, wie jene der Aramäer, der Assyrer, Chaldäer und der Pontos-Griechen gehören.

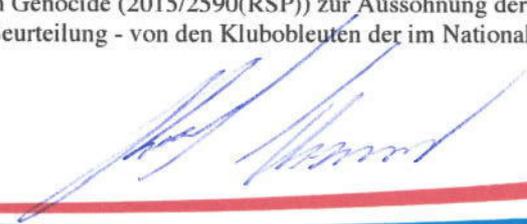
Aufgrund der historischen Verantwortung – die österreich-ungarische Monarchie war im Ersten Weltkrieg mit dem Osmanischen Reich verbündet – ist es unsere Pflicht, die schrecklichen Geschehnisse als Genozid anzuerkennen und zu verurteilen. Ebenso ist es die Pflicht der Türkei, sich der ehrlichen Aufarbeitung dunkler und schmerzhafter Kapitel ihrer Vergangenheit zu stellen und die im Osmanischen Reich begangenen Verbrechen an den Armeniern als Genozid anzuerkennen.

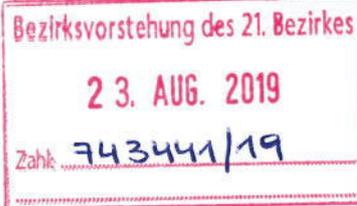
In Zeiten, in denen internationale Krisenherde eine immer größere Gefahr für die Welt und ihre Werte darstellen, gilt es, entschieden gegen Gräueltaten und Verfolgung von Menschen in aller Welt aufzutreten. Das Verbrechen an den Armeniern vor einhundert Jahren, das von Papst Franziskus als "erster Genozid des 20. Jahrhunderts" bezeichnet wurde, macht die Notwendigkeit von Gedächtniskulturen deutlich. Denn das Bewusstsein für unsere unantastbaren Werte der Freiheit, des Friedens und der Menschenrechte ist untrennbar verbunden mit einem würdigen Andenken an die Opfer von Gewalt, Verfolgung, Vertreibung und Massenmord.

Die Klubobleute bekennen sich dazu, den bewährten österreichischen Weg des Dialogs und der Versöhnung bei der Beilegung von internationalen Konflikten im Rahmen der Möglichkeiten konsequent fortzusetzen. Dies auch in Hinblick auf historische Geschehnisse, die einen Keil zwischen Ethnien und Staaten treiben, wie im Falle der Türkei und Armenien. Seitens der Türkei gilt es, im Sinne einer transparenten Aufarbeitung Licht in das Dunkel der Vergangenheit zu bringen.

Um die Aussöhnung zu fördern, wird die Absicht erklärt, eine Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen sowie deren Aufarbeitung durch die Türkei und Armenien als ersten Schritt zur Versöhnung und zur längst überfälligen Verbesserung der türkisch-armenischen Beziehungen sowohl bilateral als auch auf europäischer Ebene aktiv zu unterstützen.

Die am 15. April 2015 im Europäischen Parlament verabschiedete Resolution (European Parliament resolution of 15 April 2015 on the centenary of the Armenian Genocide (2015/2590(RSP)) zur Aussöhnung der Türkei und Armenien wird - unbeschadet der formalen völkerrechtlichen Beurteilung - von den Klubobleuten der im Nationalrat vertretenen Parteien begrüßt".





Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend Hunde-Sackerlspender

Die MA 48 wird ersucht im Dr.Franz Koch Hof (Mitterhofergasse 2) weitere Sackerlspender für Hunde aufzustellen, da nur ein Aufsteller an der Kreuzung Trillergasse/Jedlersdorferstraße vorhanden ist.

Vorberatungen mögen im Umweltausschuss stattfinden.

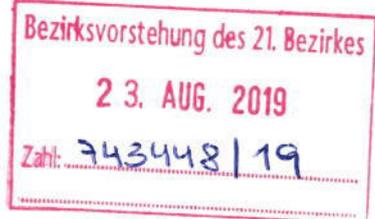
BEGRÜNDUNG

Öffentliches Interesse



BezR KO Thomas BERL





Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend Einbahnführung in der Amtsstraße

Die MA 46 möge für die Amtsstraße eine Einbahnführung stadtauswärts, beginnend ab der Frauenstiftgasse bis zum Bernreiterplatz, veranlassen. Gleichzeitig sollen die Stellplätze in diesem Bereich aufgrund dieser Einbahnführung optimiert werden.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

In den letzten Jahren häufen sich die Beschwerden von Anrainern über den zunehmenden Durchzugsverkehr. Durch eine Einbahnführung würde das Verkehrsaufkommen reduziert und gleichzeitig das Stellplatzangebot in besagtem Bereich vergrößert.

BezR KO Thomas BERL



23. AUG. 2019

Zahl: 743568/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend Schutzweg in der Lhotskygasse

Die MA 46 möge die Errichtung eines Schutzweges in der Lhotskygasse, Höhe Adolf-Loos-Weg, überprüfen und gegebenenfalls veranlassen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

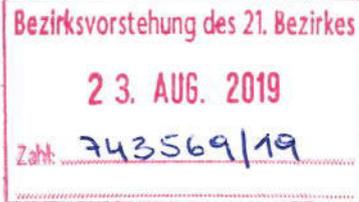
BEGRÜNDUNG

Der Adolf-Loos-Weg wird täglich von zahlreichen Schülern der Tourismusschule Wassermannsgasse, als auch von Schülern der VS und NMS Adolf-Loos-Gasse benützt. Doch auch viele Bewohner aus der Umgebung benützen diesen Weg um die Nahversorger an der B 229, Julius-Ficker-Straße, zu erreichen. Gerade bei der Querung über die Lhotskygasse bzw. Bubergasse, kommt es häufig zu gefährlichen Situation mit KFZ Lenker die sich nicht an die 30 km/h Beschränkung halten. Nicht selten wird durch parkende Fahrzeuge den Fußgängern dann noch die Einsicht in den Fließverkehr genommen, was die Situation noch zusätzlich verschärft.



BezR KO Thomas BERL





Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend Geschwindigkeitsmessung

Die MA 46 möge sich gemeinsam mit der Verkehrskommission über die Errichtung einer temporären Geschwindigkeitsmessung in der Lhotskygasse beraten und gegebenenfalls veranlassen.

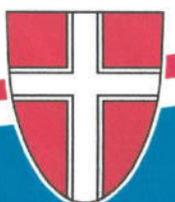
Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Obwohl in der Lhotskygasse Tempo 30 verordnet ist, hält sich nur ein geringer Teil der KFZ Lenker daran. Dadurch entstehen nahezu täglich immer wieder gefährliche Situationen mit anderen Verkehrsteilnehmern.



BezR KO Thomas BERL



23. AUG. 2019

Zahl: 743574/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

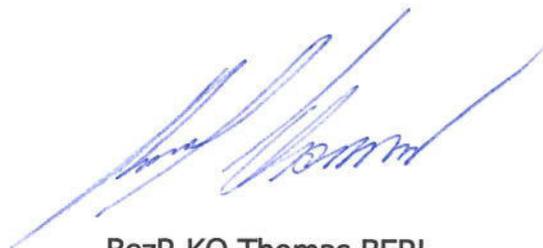
betreffend widmungswidriger Verwendung

Die MA 36, 37 als auch andere zuständige Magistratsabteilungen, mögen die behördlichen Auflagen für die Kellerwohnung in der Liegenschaft Prager Straße 51 auf die Einhaltung der rechtlichen und hygienischen Bestimmungen überprüfen.

BEGRÜNDUNG

Anrainer berichten, dass die Kellerräumlichkeiten an der oben genannten Liegenschaft als Wohnungen vermietet werden und eine sehr starke Personenfrequenz (hauptsächlich Männer) in den letzten Monaten wahrgenommen wurde.

Dem Verdacht auf widmungswidriger Verwendung soll nachgegangen werden.



BezR KO Thomas BERL



23. AUG. 2019

Zahl: 743584/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend Schutzbügel für einspurige KFZ

Die MA 46 möge sich gemeinsam mit der Verkehrskommission über die Errichtung von Schutzbügeln für einspurige KFZ vor den Bereich des Schutzweges Wassermann-gasse/Herzmanovsky-Orlando-Gasse beraten und gegebenenfalls auch veranlassen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Durch parkende Fahrzeuge wird Fußgängern immer wieder die Einsicht in den fließenden Verkehr genommen. Die Errichtung besagter Schutzbügel würde die Verkehrssicherheit erhöhen.



BezR KO Thomas BERL



23. AUG. 2019

Zahl: 743593/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

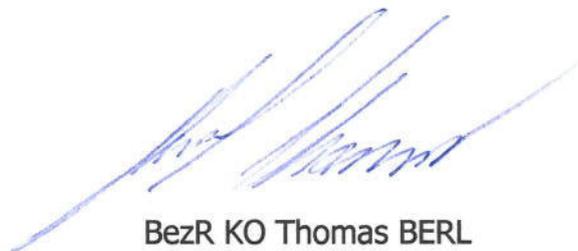
ANTRAG
betreffend Bodenpiktogramm

Die MA 46 möge sich gemeinsam mit der Verkehrskommission über die Errichtung von zwei Bodenpiktogrammen „30er Zone“ in der Lhotskygasse beraten und gegebenenfalls veranlassen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Öffentliches Interesse.



BezR KO Thomas BERL





Die FREIHETTLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG
betreffend Schutzweg in der Frauenstiftgasse

Die MA 46 möge die Errichtung eines Schutzweges über die Frauenstiftgasse, in Höhe Baumergasse, überprüfen und gegebenenfalls veranlassen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Der Kreuzungsbereich Frauenstiftgasse/Baumergasse wird in den letzten Jahren immer stärker von Fußgängern aber auch Fahrzeuglenkern frequentiert. Ein diesbezüglicher Schutzweg an besagter Örtlichkeit würde mehr Sicherheit für die fußläufige Erreichung der dort ansässigen Nahversorger bringen.

BezR KO Thomas BERL



23. AUG. 2019

Zahl: 743752/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend unzumutbarer Belästigung der Nachbarschaft

Das Magistratische Bezirksamt für den 21. Bezirk möge gemeinsam mit der MA 15, 36, 37, als auch andere zuständige Magistratsabteilungen, die behördlichen Auflagen für den Gastgewerbebetrieb "Extravaganz" an der Prager Straße 51 auf die Einhaltung der rechtlichen und hygienischen Bestimmungen überprüfen.

BEGRÜNDUNG

Anrainer klagen schon seit langem über unzumutbare Lärm – und Rauchbelästigungen, ausgehend vom Lokal Extravaganz. Gespräche zwischen Hausbewohnern und Lokalbetreiber brachten nur kurzfristig eine Verbesserung.

Die Türe zwischen dem Lokal und dem Stiegenhaus steht den ganzen Tag offen und überträgt damit Lärm sowie Rauchbelastungen direkt in das Wohngebäude. Die elektronische Rauchentlüftung des Lokals ist meist ausgeschaltet. Ganztags geöffnete Fenster in den Innenhof, als auch das besagte Stiegenhaus, werden dann als Rauchentlüftung herangezogen.

Leidtragende sind wieder die Anrainer, die sowohl über das Stiegenhaus als auch über den Innenhof einer unzumutbaren Lärm- und Rauchbelästigung ausgesetzt sind.

Aber auch die Sperrstunden werden oft weit überzogen und rauben den Anrainern ihre Nachtruhe.

Eine diesbezügliche Überprüfung ist daher mehr als gerechtfertigt.



BezR KO Thomas BERL





Bezirksvorstellung des 21. Bezirkes

23. AUG. 2019

Zahl: 743758/19

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 11.09.2019, folgenden

ANTRAG

betreffend behinderten Parkplätze

Die MA 46 möge sich gemeinsam mit der Exekutive und der Verkehrskommission über die Errichtung einer Behindertenzone am Pius-Parsch-Platz beraten und gegebenenfalls umsetzen.

Vorberatungen mögen in der Verkehrskommission stattfinden.

BEGRÜNDUNG

Vor dem Umbau des Pius-Parsch-Platzes gab es auf dem Parkplatzareal drei Behindertenparkplätze. Seit der Fertigstellung der neuen Tiefgarage und der Oberflächen-gestaltung des Platzes, gibt es weder in der Tiefgarage noch auf dem Platz darüber eine Parkmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Verkehrsteilnehmer.



BezR KO Thomas BERL

